

Oliver Thränert

Obamas Vision einer Welt ohne Atomwaffen

Barack Obama möchte die Welt von der Atombombe befreien. Dies entspricht amerikanischen Interessen. Dennoch wird seine bereits eingeleitete Abrüstungspolitik von Republikanern kritisiert. Auch bleiben andere Atommächte skeptisch. Die größte Herausforderung besteht hingegen im iranischen Atomprogramm.

Barack Obama ist ein Visionär, und doch auch Realpolitiker. Nirgends wird dies deutlicher, als auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit seiner Prager Rede vom April 2009 über die globale Null für Kernwaffen setzte er einen Leitstern. Zugleich betonte der US-Präsident aber, dass Amerika eine starke und zuverlässige nukleare Abschreckung braucht, solange es noch Atomwaffen gibt. Was sind Obamas Motive? Was hat er bereits erreicht? Wo zeigen sich Widerstände? Und was ist von seiner ersten Amtszeit noch zu erwarten?

Motive

Das Ziel einer kernwaffenfreien Welt entspricht amerikanischen Interessen. Dies wird mit Blick auf die sich in einer tief greifenden Krise befindliche nukleare Ordnung deutlich. Dreh- und Angelpunkt dieser Ordnung ist der 1970 in Kraft getretene Atomwaffensperrvertrag. Er ist eigentlich eines der erfolgreichsten internationalen Abkommen, zumal ihm 190 Staaten beigetreten sind. 185 von ihnen haben für immer auf Atomwaffen verzichtet. Im Gegenzug verpflichteten sich die als Kernwaffenstaaten anerkannten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien zur atomaren Abrüstung. Vor allem Nordkorea, das bereits Atomwaffen getestet hat, und auch Iran fordern diese Ordnung nun jedoch heraus. Sollten sie sich trotz ihres rechtlich verbrieften Verzichts auf Kernwaffen als Atommächte oder auch nur virtuelle Nuklearmächte etablieren,



Oliver Thränert

(* 1959) ist Senior Fellow für Abrüstung und Rüstungskontrolle bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

oliver.thraenert@swp-berlin.de

droht die nukleare Nichtverbreitungsnorm zu zerfallen. Dies wäre insbesondere für die USA gefährlich. Denn für die globale Ordnungsmacht wäre ihre herausgehobene Stellung in der internationalen Politik durch das Entstehen immer neuer Atommächte gefährdet. Atomwaffen bieten Schutz vor äußerer Einflussnahme oder gar Invasion. Wer über sie verfügt, kann daher auch US-Präsidenten herausfordern. Und noch ein Punkt ist aus amerikanischer Sicht bedeutsam: Je mehr Kernwaffenmächte entstehen, desto größer ist die Gefahr, dass sich Terroristen Zugang zu Atomwaffen oder spaltbarem Material verschaffen. Sie würden nicht zögern, diese Waffen auch einzusetzen. Ihre erste Zielscheibe wäre sicherlich Amerika. Daher ist es im überragenden Interesse der USA, die Anzahl der Atommächte möglichst klein zu halten.

Um dies zu erreichen, muss der Atomwaffensperrvertrag erhalten und gestärkt werden. Dies wiederum ist nur möglich, wenn den Abrüstungsforderungen der nuklearen Habenichtse insbesondere gegenüber den USA und Russland, die nach wie vor über etwa 90 % der einsatzbereiten Kernwaffen verfügen, Genüge getan wird. Nur dann besteht die Chance, dass die oft

zerstrittene Vertragsstaatengemeinschaft wieder näher zusammenrückt und sich auf verschärfte Überwachungsmaßnahmen einigt. Diese Zusammenhänge hat Obama verstanden und zieht daraus seine praktischen Konsequenzen. Er untermauert mit seiner Vision einer kernwaffenfreien Welt den amerikanischen Führungsanspruch, wirft Vorwürfen einer amerikanischen Doppelmoral in Sachen Atomwaffen entgegen, und verbessert die Arbeitsgrundlage mit seinen europäischen Verbündeten, die seinen Vorgänger Bush wegen dessen Atomwaffenpolitik oft hart kritisierten.

Erfolge

Ein erster Erfolg Obamas war die Verabschiedung der UN-Sicherheitsresolution 1887 im September 2009 unter seinem persönlichen Vorsitz. Darin spricht sich das höchste internationale Gremium für die totale Abschaffung aller Atomwaffen und für die Bewahrung und Stärkung des Atomwaffensperrvertrages aus.

Die nächste Wegmarke stellte die neue amerikanische Nukleardoktrin dar. Sie wurde im April 2010 vorgestellt. Die USA machen darin deutlich, dass Atomwaffen für ihre eigene Sicherheit immer weniger bedeutsam sind. Washington verzichtet zwar nicht auf den nuklearen Ersteinsatz, machte jedoch klar, dass es Kernwaffen nur unter außergewöhnlichen Umständen und nicht gegen Nichtkernwaffenstaaten einsetzen würde, die sich an die Regeln des Atomwaffensperrvertrages halten. Am 8. April 2010 unterzeichnete Obama gemeinsam mit seinem russischen Gegenüber Medwedew das Neu-START-Abkommen zur Begrenzung stationierter strategischer Kernwaffen beider Seiten. Aufgrund der vereinbarten Zählregeln sind die damit verbundenen Abrüstungsschritte nicht sehr tiefgreifend. Immerhin ist es aber der erste nukleare Abrüstungs-

vertrag seit 1991, der auch beiderseitige Überwachungsmaßnahmen beinhaltet. Schließlich lud Obama ebenfalls noch im April 2010 über 40 Staats- und Regierungschefs nach Washington zu einem Atomgipfel. Die Versammelten bekräftigten in einem gemeinsamen Kommuniqué, bei der Sicherung nuklearer Anlagen und Materialien auf der Basis ihrer jeweiligen nationalen Gesetzgebungen zusammenzuarbeiten und die internationale Atomenergiebehörde entsprechend zu stärken.

Im Mai 2010 trafen sich die Mitglieder des Atomwaffensperrvertrages in New York zu einer ihrer alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungs Konferenzen. Die Versammlung 2005 war im Streit und ohne Abschlussdokument auseinander gegangen. Diesmal gelang es maßgeblich aufgrund des Führungswillens der Obama-Administration, wenigstens in gemeinsam verabschiedeten Aktionsplänen die drei Grundpfeiler des Vertrages – Nichtverbreitung, Abrüstung, friedliche Nutzung der Kernenergie – zu bekräftigen.

Darüber hinaus vermittelte Washington erfolgreich im Streit um die von den arabischen Staaten und Iran vehement eingeforderte massenvernichtungswaffenfreie Zone Nahost. Dazu soll im Jahr 2012 eine internationale Konferenz stattfinden. Israel wird zudem aufgefordert, sich als Nichtkernwaffenstaat dem NVV anzuschließen. Iran wird hingegen nicht als ein Land genannt, dessen Vertragstreue in Frage steht. Obama war bereit, diese beiden Zugeständnisse zu machen, konnte dafür aber auch zwei wichtige Erfolge verbuchen: Durch das gemeinsame Konferenzergebnis wird der NVV weiter als lebendiges Vertragswerk wahrgenommen; am Ende der Versammlung war Iran weitgehend isoliert, da es als einziger Vertragsstaat die vereinbarten Kompromisse skeptisch betrachtete und eigentlich kein Interesse an einem erfolgreichen Konferenzverlauf gehabt hatte.

Widerstände

Diesen Erfolgen stehen jedoch auch schwerwiegende Probleme gegenüber. Die meisten anderen Atommächte hegen Vorbehalte gegen Obamas globale Null. Großbritannien ist wohl der einzige Kernwaffenstaat, der wirklich bereit ist, auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Russland legt in seiner neuen Militärdoktrin angesichts der Schwäche seiner konventionellen Streitkräfte sogar noch mehr Betonung auf seine nukleare Abschreckungsfähigkeit; China baut sein atomares Arsenal, wenn auch von niedrigem Niveau kommend, stetig aus; Frankreichs Präsident Sarkozy erklärte anlässlich des Washingtoner Atomgipfels unumwunden, sein Land wolle nicht auf seine Nuklearwaffen verzichten; Indien setzt sein Programm zum Bau atomarer U-Boote fort; Pakistan produziert weiterhin und mit wachsender Intensität waffenfähiges Plutonium; Israel wird einer globalen Null ohne Fortschritte im Nahostkonflikt nicht zustimmen; und Nordkorea möchte als Atomwaffenstaat anerkannt werden.

Zum größten Stolperstein könnte jedoch Iran werden. Sollte es nicht gelingen, Teheran trotz mehrfacher Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates – zuletzt mit seiner mit verschärften Sanktionen bewehrten Resolution 1929 vom 9. Juni 2010 – zu einer Umkehr von seinem derzeitigen Atomkurs zu bewegen, rückt eine Welt ohne Atomwaffen in weite Ferne. Vielmehr werden dann womöglich weitere Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, darunter Saudi-Arabien, Ägypten und wohl auch die Türkei eine atomare Option anstreben. Dies ist kein Automatismus, und die genannten Länder würden jedenfalls zum Aufbau eigener atomarer Kapazitäten viele Jahre benötigen. Doch die Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlaufs in Nahost wäre auf jeden Fall gegeben. Die nukleare Nichtverbreitungsnorm wäre damit durchlöchert wie ein Schweizer Käse; der Atomwaffensperrvertrag würde zur leeren Hülle.

Auch zu Hause ist Obamas Abrüstungspolitik keineswegs unumstritten. Die Ratifikation des Neu-START-Abkommens

im Senat, für die eine 2/3 Mehrheit benötigt wird, verspricht kein Spaziergang zu werden. Die Republikaner fordern als Preis eine weitere Erhöhung der Ausgaben für die Modernisierung der amerikanischen nuklearen Infrastruktur, um somit die Zuverlässigkeit der verbleibenden Atomsprenköpfe zu gewährleisten. Auch wird Obama deutlich versichern müssen, dass die US-Raketenabwehrpläne durch den Vertrag nicht tangiert werden. Schafft es Obama nicht, Neu-START noch vor den Kongresswahlen im November durch das Parlament zu bekommen, könnte es eng werden, denn danach wird die demokratische Mehrheit vermutlich geschwunden sein. Noch schwieriger dürfte die ebenfalls von Obama anvisierte Inkraftsetzung des nuklearen Teststoppabkommens werden. Dagegen ziehen die Republikaner noch rabiater zu Felde, fürchten sie doch, Amerika könnte dadurch die Option verlieren, falls nötig militärisch leistungsfähigere Atomwaffen zu bauen.

Ulrich Schreiterer

Bildungsstaat USA?

Seit den Anfängen der Vereinigten Staaten zählt Bildung zu den Eckpfeilern der Neuen Welt, die ihren Gründungsvätern vorschwebte und die im American Dream bis heute lebendig ist: Ein demokratisches, freiheitliches und offenes Gemeinwesen, in dem jedermann unabhängig von seiner Herkunft sein Glück suchen und zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen soll.

Ulrich Schreiterer

(* 1953) ist Soziologe und assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Im Campus-Verlag erschien 2008: *Traumfabrik Harvard. Warum amerikanische Hochschulen so anders sind.*
uli.schreiterer@wzb.eu



Bildung gilt als Investition in eine bessere Zukunft der einzelnen Menschen und der

Perspektiven

Der Visionär Obama scheut keineswegs die realpolitischen Mühen der Ebene. Die Abschaffung aller Atomwaffen, mindestens aber die Bewahrung und Stärkung des internationalen Regimes zur Verhinderung des Entstehens immer neuer Atommächte, finden sich ganz oben auf seiner Agenda. Dennoch sind auch diesem Präsidenten Grenzen gesetzt, national wie international. Bis zum Ende seiner Amtszeit wird die Frage immer mehr in den Vordergrund rücken, wie eine Atommacht Iran verhindert werden kann. Sollte dies nicht gelingen, muss zumindest ein atomarer Rüstungswettlauf in Nahost vermieden werden. All dies erfordert amerikanische Führungsstärke. Bei Erfolgen winken weitere Fortschritte auf dem Weg zur globalen Null. Bei Misserfolg droht der Zerfall der nuklearen Ordnung. Europa und Deutschland sollten den US-Präsidenten im eigenen Interesse bei seiner schwierigen Mission unterstützen.

ganzen Gesellschaft. Thomas Jefferson hielt sie gar für eine Bürgerpflicht. Bis zu einem Recht auf Bildung für alle war es indes ein langer Weg. Das gilt besonders für die Überwindung sozialer Schranken – weniger des Standes als vielmehr der Religionszugehörigkeit, des Geschlechts und der Rasse. Katholiken und Juden, Frauen und Schwarze kamen erst allmählich in den Genuss dieses Rechts, und noch immer gibt es massive Bildungsungleichheiten.